

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 16 (1975)
Heft: 1

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

à propos Mensch

Die Kinderzahl ist eine wichtige staatliche Angelegenheit. Wir wussten das nicht, wir rückständigen Schweizer, die wir noch so weit davon entfernt sind, einen «Staat des gesamten Volkes» zu besitzen («Volk» = Bevölkerung minus die eliminierten/liquidierten Klassen, Schichten und Elemente).

Im ersten Lande, das «den Kommunismus aufbaut», da kümmert sich der Staat gewaltig um den Menschen! Ein längerer Artikel in der Zeitschrift «Kommunist» von Sowjetlitauen (Nr. 8/1974, S. 57—62) beweist das.

«In allen Branchen der Volkswirtschaft spürt man einen Mangel an Arbeitskräften», steht da. «Dies hängt in erster Linie damit zusammen, dass die Geburtenzahl in mehreren Sowjetrepubliken zurückging.»

Weil sogar in Litauen 9 von 10 Frauen berufstätig sind und weil sich die «Konsumpsychologie» breitmacht (woher diese?), wollen sie «höchstens 1 oder 2 Kinder» haben. «Die optimalen Grenzen der Reproduktion» dagegen liegen zwischen 2,3 bis 2,4 und 4,0 Kindern!

«Unter den Bedingungen des sozialistischen Systems muss man aber eine optimale Bevölkerungszahl haben, um die Erfüllung der gesetzten Aufgabe, nämlich den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft, zu garantieren. (Zwei Sowjetsoziologen) betonen auch die weltweite Bedeutung der Bevölkerungszahl in der Sowjetunion: der Rückgang der Geburtenzahl würde sich auch auf die Entwicklung der weltweiten revolutionären Bewegung nachteilig auswirken. All dies beweist, dass die Kinderzahl in der Familie nicht nur ein Anliegen der Eheleute ist, sondern» — wir sagten es bereits — «eine wichtige staatliche Angelegenheit.»

Der Staat hat festgestellt: die Kleinfamilie hat negative wirtschaftliche Folgen — von der Vergrößerung der Gesellschaft (zu wenig Arbeiter) über Ehescheidungen zum Schwangerschaftsabbruch, der «dem Staat grossen wirtschaftlichen Schaden bringt: Arbeitstage gehen verloren, es werden viele Mittel für die Behandlung ausgegeben».

Dem sieht der sozialistische Staat seit einiger Zeit nicht mehr tatenlos zu, sondern er treibt demographische Politik. Wirtschaftliche Massnahmen (etwa «Priorität bei der Zuteilung von Wohnungen» — der Staat hat es ja in der Hand) werden ergänzt durch «propagandistisch-erzieherische Massnahmen. Die Demographen der sozialistischen Länder betonen, dass die Gesellschaft ihre Aufgaben nicht nur auf dem Gebiet der Produktion von materiellen Werten begreifen soll, sondern dass sie auch für die Ausweitung der Reproduktion der Arbeitskräfte verantwortlich ist. Presse, Radio und Fernsehen leisten eine erzieherische Arbeit in Fragen der Familienplanung». Statt unserer Werbespots: «Die rechte Sowjetfamilie hat mindestens 2,3 Kinder, höchstens 4,0!»

HTD

«Ohne die Armee und ohne das Gewehr in der Hand der Revolution wäre nichts von dem, was heute ist, kein Sozialismus. Es ist eine bereits von Marx und Engels beschriebene objektive Notwendigkeit, eine inzwischen immer wieder mit lebendiger Erfahrung belegte Erkenntnis. (...)

Zitiert...

Wenn es heute die Verträge von Moskau, Warschau, Berlin und Prag gibt, wenn die europäischen Grenzen festgeschrieben sind, unser Land nach zweieinhalb Jahrzehnten diplomatischer Blockade weltweit diplomatisch anerkannt ist, dann vor allem auch deshalb, weil der Sozialismus in militärischer Hinsicht stärker ist.»

Berliner Rundfunk, Ost-Berlin, 7.10.1974
zum 25. Jahrestag der DDR

FACETTEN zum Alltag drüben

Auf eine recht spezielle Facette sowjetischer Samisdat-Thematik hat der lettische Arzt Joseph Gurwitsch aufmerksam gemacht, der letztes Jahr in den Westen emigrierte. Er hatte 1972 im «Selbstverlag» Ergebnisse medizinischer Forschung publiziert und an Polikliniken und Spitäler der ganzen UdSSR geschickt.

Als Grund für sein damaliges Vorgehen nennt Gurwitsch in einem Leserbrief an die «Russkaja Mysl» (Paris) die Tatsache, dass die Zensur auch die Veröffentlichung von Arbeiten verhindert, die mit Politik nichts zu tun haben. Es genügt, wenn ein wissenschaftlicher Artikel wirklich oder angeblich der Doktrin zuwiderläuft, die im betreffenden Sachgebiet gerade herrscht, um die zuständigen Stellen zum Einschreiten zu veranlassen. Dieses besteht nicht nur in Publikationsverbot, sondern in graduell gesteigerten Schikanen, durch welche Berufstätigkeit und Privatleben der betroffenen Forscher immer mehr einträchtig werden, bis sie (normalerweise) fügsam werden.

Die zuständigen Stellen sind in der UdSSR auf medizinischem Gebiet das Gesundheitsministerium auf zentraler Ebene und die jeweiligen Parteisekretäre (sie haben das entscheidende Wort bei der Ernennung von Gesundheitsfunktionären) auf lokaler Ebene. In den Händen von Gesundheitsminister Petrowskij und seiner engsten Mitarbeiter befindet sich die ganze medizinische

Presse. Und diese Leute sehen es gerne, wenn man dort das veröffentlicht, was ihrer Meinung nach ihre Lieblingstheorien bestätigt. Das hat sich im Apparat natürlich herumgesprochen, und so sind alle Beamten des Ministeriums eifrig darauf aus, «unpassende» wissenschaftliche Thesen oder Folgerungen erst zu bemäkeln und dann zu unterdrücken.

Eine Abkehr von dieser auch schon fast zur Wissenschaft entwickelten Methode erfolgt nur ausnahmsweise und bei Vorliegen besonderer Umstände. So hatte laut Gurwitsch der Arzt Jelisarow als Dank für eine von ihm vorgelegte neue Methode in der Traumatologie jahrelang nur Schikanen geerntet. Und er wäre denn auch völlig unbekannt gestorben, wenn nicht seine Methode bei der Behandlung des international bekannten Sportlers Brumel (ehemaliger Hochsprung-Weltrekordhalter) auch im Ausland bekannt geworden wäre. Darnach stellte man sich behördlicherseits denn doch um und sonnte sich fortan auch offiziell im Glanz dieser Er-rungenschaft der sowjetischen Medizin.

Joseph Gurwitsch selbst hatte nun keine eigene Entdeckung vorzuweisen. Aber das wissenschaftliche Kollektiv, in dem er beschäftigt war, befasste sich mit dem Aufstöbern von Forschungsergebnissen, die aus irgendwelchen (und wie dargetan häufig amtlich herbeigeführten) Gründen nicht veröffentlicht worden waren. Dabei stiess man auf Arbeiten über ein Präparat, das aus dem Pilz «Gemeine Veselka» hergestellt wird. Es lässt sich als Salbe auftragen und ermöglicht in der Gynäkologie die Auflösung eines bestimmten Prozentsatzes von gutartigen Tumoren ohne chirurgischen Eingriff.

Zunächst förderten die lokalen Behörden die Weiterarbeit an dieser Forschung, aber als sie zum Publikationsstadium gediehen war, erwies es sich, dass sie ministeriellen Anstoss erregte. Daraufhin behalt sich Gurwitsch eben mit dem «Selbstverlag». Aber nun wurde der Gesundheitsdienst aktiv und schaltete die Staatsanwaltschaft ein. Man drohte Gurwitsch mit Entlassung und seiner Frau und Mitarbeiterin mit Einweisung in eine psychiatrische Klinik, falls sie die Propagierung des Heilmittels nicht unterliessen (wenn er sie auf Lettland beschränkt hätte, würde man sie seltsamerweise geduldet haben; wenigstens liessen die Beamten das durchblicken).

Die Schikanen (Beschlagnahme von Korrespondenz, Beschattung, Zwangseinlieferungen zur Untersuchung auf Geschlechtskrankheiten ohne objektive Verdachtsmomente) trieben Gurwitsch so weit, dass er schliesslich ein Ausreisegesuch einreichte. Möglicherweise hatten die Behörden das gerade angestrebt; jedenfalls verhielten sie sich von jetzt an korrekt und legten einer ordnungsgemässen Auswanderung unter Mitführung der Habseligkeiten nichts mehr im Wege. Bloss das Mitführen der fraglichen «Veselka»-Salbe untersagten sie und bekundeten damit gewissermassen ein nachträgliches Interesse am offiziell so uninteressanten Präparat. Nebenbei war das Verbot auch völlig irrelevant, denn der betreffende Pilz kommt auch ausserhalb der UdSSR vor. Aber der Apparat hatte seinen Sieg errungen — über einen Feind, den er sich höchstens zu seinem eigenen Schaden selber erfunden hatte.

Die vergessene Diktatur in Lateinamerika

Von der Junta

Als Bewusstseinsfaktor unserer Zeit befindet sich die lateinamerikanische Junta schlechthin in Chile. Die Militärdiktatur in Peru, die seit nahezu sechs Jahren besteht und unter anderem erfolgreich die Presse «vereinheitlicht» hat, ist kein Zielobjekt für Kundgebungen und öffentliche Meinungsbildung. Die Junta in Peru hat halt durch einen prokommunistischen Kurs aller weltweiten Empörung vorgebeugt. Immerhin ist es im Lande selbst zu einem halbwegs öffentlichen Skandal gekommen. Von der Entstehung und Erledigung einer Korruptionsaffäre berichtet hier Alphonse Max.

Die peruanischen Offiziersputschisten haben sämtliche Verteilungszentren für Lebensmittel, Engros- und Detailgeschäfte sowie Supermärkte nationalisiert und gründeten dafür die sogenannte EPSA, die sich in wenigen Monaten in ein gigantisches Staatsmonopol verwandelte. In ihrem Besitz befinden sich landwirtschaftliche Unternehmen mit 45 000 Rindvieh, 250 Traktoren und Planieraupen, eine 15-Millionen-Dollar-Palmenölfabrik usw.; sie verwaltet den Engrosmarkt der landwirtschaftlichen Produkte, das nationale Gefrierfleischunternehmen und eine Kette von 2000 Lebensmittelgeschäften, die dadurch der totalen Enteignung entgehen wollten, dass sie sich von der EPSA administrieren ließen. Aus der EPSA wurde in kurzer Zeit ein Wirtschaftsmonstrum, das seine Fangarme nach sämtlichen Bereichen des peruanischen Wirtschaftslebens ausstreckte.

Eines Tages beschloss die Militärregierung, einen Landarbeiterkongress einzuberufen, um sich und die EPSA vor der Öffentlichkeit loben zu lassen. Da ereignete sich jedoch das Unerwartete: Die Landarbeiter bezichtigten die EPSA und deren Tochterunternehmen, nur die Hälfte der festgesetzten Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu bezahlen, während der Rest in die Taschen ihrer Direktoren wandere. Die Anklage

wurde von einem Richter aufgefangen, der Untersuchungen anstellte. Sie ergaben, dass der Diebstahl den Betrag von 117 Millionen Dollar überschritt.

Einen Betrug derartigen Ausmasses konnte die Regierung nicht einfach übersehen. Sie sah sich veranlasst, den Handelsminister zum Rücktritt zu zwingen. Sie fügte sich ferner den richterlichen Anordnungen und erliess Haftbefehle gegen 93 der hauptsächlichsten Betroffenen. 39 von diesen waren jedoch bereits geflüchtet, und die Polizei konnte ihre Spur nicht mehr verfolgen. Perus Premierminister, Edgardo Mercado Jarrin, erklärte, dass die Machenschaften der EPSA bereits seit 3 Jahren bekannt gewesen seien; doch habe es an Beweisen gefehlt, so dass nichts gegen die betrügerischen Direktoren habe unternommen werden können.

Die peruanische Regierungspresse — das heisst die gesamte peruanische Presse — informierte zwar über den gerichtlichen Prozess, erwähnte jedoch nicht einen einzigen Namen der Schuldigen.

Das ist kein Ausnahmefall. Die Regierungssubvention von vielerlei Waren hat die Entstehung eines blühenden Schwarzmarktes ermöglicht, von dem in allererster Linie die Direktoren der Staatsunternehmen profitieren. ■

In Kürze

In Ost-Berlin wird damit gerechnet, dass die Bevölkerungszahl der DDR, die bis Ende 1973 auf unter 17 Millionen Einwohner gesunken war und damit ihren tiefsten Stand seit Bestehen der DDR überhaupt erreicht hatte, im Zeitraum der nächsten 15 Jahre nicht weiter abnimmt. Der Zeitschrift «Statistische Praxis» zufolge gehen die Bevölkerungsexperten der DDR davon aus, «dass die Weiterentwicklung der Geburten- und Sterbeziffern etwa eine einfache Reproduktion unserer Bevölkerung sichert». Es könne nach neuesten Vorausberechnungen ein Bevölkerungsstand von 17 Millionen Einwohnern im Jahre 1990 angenommen werden.

Nahe der Barents-See auf der Kola-Halbinsel haben Aufklärungssatelliten der Vereinigten Staaten gewaltige Werften für den Bau von atomar angetriebenen Unterseebooten der Delta-Klasse entdeckt, die getarnt sind. Die Werften liegen am Kola-Fjord in der Nähe der Stadt Seweromorsk bei Murmansk. Die Tarnung ver-

birgt nicht nur eine genaue Schiffstypbestimmung der im Bau befindlichen Unterseeboote, sondern verhindert auch eine exakte Identifizierung der ballistischen Raketen, mit denen die Unterseeboote ausgerüstet werden. Auch andere Verletzungen des Interimsabkommens vom Mai 1972 über eine Kontrolle der offensiven strategischen Waffenrüstung und des unbefristeten Vertrages über eine Beschränkung der beiderseitigen amerikanisch-sowjetischen Antiraketen-Raketen-Bewaffnung haben die Vereinigten Staaten per Satellit registriert:

1. Fortlaufende Versuche, die elektronischen Aufklärungsverfahren der Amerikaner zu behindern, die die sowjetischen Versuche mit interkontinentalen ballistischen Raketen zu registrieren versuchen.
2. Die Tarnung von zusätzlichen verbunkerten Interkontinentalraketen, die durch die Errichtung neuer Kommando- und Kontrollzentren enthüllt wird.
3. Eine verstärkte Aktivität bei der Entwicklung mobiler Radaranlagen für Antiraketen-Raketen (ABM) in der Nähe der sowjetisch-chinesischen Grenze. *

Ein offeneres und beherzteres Gespräch als in früheren Jahren ist unter den bildenden Künstlern der DDR in Gang gekommen, wie der Erste Sekretär des Verbandes bildender Künstler der DDR, Horst Weiss, in der Ost-Berliner «Neuen Zeit» erklärte. Weiss hob hervor, dass angestrebt werde, auf den Bezirkskunstausstellungen möglichst von jedem Künstler etwas zu zeigen «und dabei Problematisches nicht hinter verschlossenen Türen zu verhandeln bzw. auszujurieren». Das habe zur Folge, dass das, was in den Ausstellungen gezeigt werde, «nicht in jedem Falle zu den Errungenschaften des sozialistischen Realismus zu zählen» sei. Es gelte hier in der Kunstkritik klar zu differenzieren und das Gespräch darüber zu führen, wo sich interessante neue Wege abzeichneten, wo es vielleicht auch «Irrwege» gebe oder auch Arbeiten minderer Qualität zu werten seien. So seien die diesjährigen Bezirkskunstausstellungen interessanter, aber auch problemgeladener und forderten mehr zur Auseinandersetzung heraus als frühere, denn Breite und Vielfalt heisse nicht Uferlosigkeit und nicht falsche Toleranz in der Auseinandersetzung, erklärte Weiss.

In Kroatien soll das Rauchen am Arbeitsplatz verboten werden. Dieses Ziel erstrebt eine in Zagreb angenommene Aenderung im Gesetz über Arbeitsschutz an. Direkt untersagt wird das Rauchen während Sitzungen und Zusammenkünften in geschlossenen Räumlichkeiten. Das allgemeine Rauchverbot am Arbeitsplatz soll entsprechend dem System der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung durch die Arbeitsorganisationen ausgesprochen werden, falls sie den Empfehlungen der kroatischen Kammer folgen. Im weiteren sieht das Gesetz vor, dass die Alkoholmenge im Blut am Arbeitsplatz 0,5 Promille nicht überschreiten darf.

Im Dezember 1974 kam es in den Werftanlagen von Split an der jugoslawischen Adriaküste zu einem zweitägigen Proteststreik. Er richtete sich gegen die Erhöhung der Oelpreise um 28 Prozent und der Zuckerpreise um 67 Prozent. Im Unterschied zu andern kommunistisch geführten Ländern sind Streiks in Jugoslawien nicht verboten. ■

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar+Leihkasse Bern 153 400 50, Deutsche Bank Frankfurt a. M. 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise

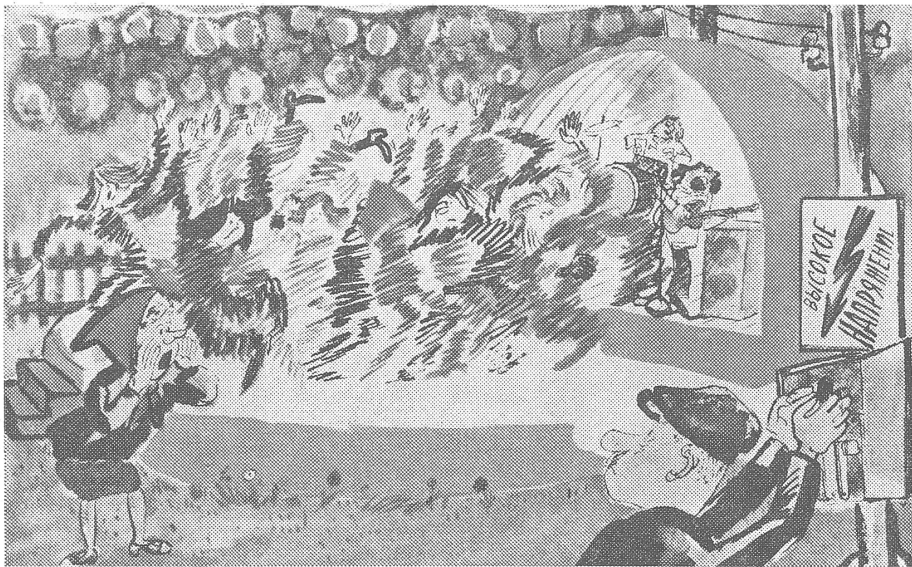
Fr. 30.- jährlich (Ausland Fr. 33.-, DM 30.-)

Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-

(Ausland Fr. 22.-, DM 20.-)

Halbjahr Fr. 16.- (Ausland Fr. 17.-, DM 16.-)

Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1,50)



«Das Problem bei der Erziehung besteht darin, den Kindern beizubringen, nicht dem Beispiel der Erwachsenen zu folgen.»
A. Kulitsch in «Krokodil», Moskau, Nr. 25/1974

Karikaturen aus «Krokodil»

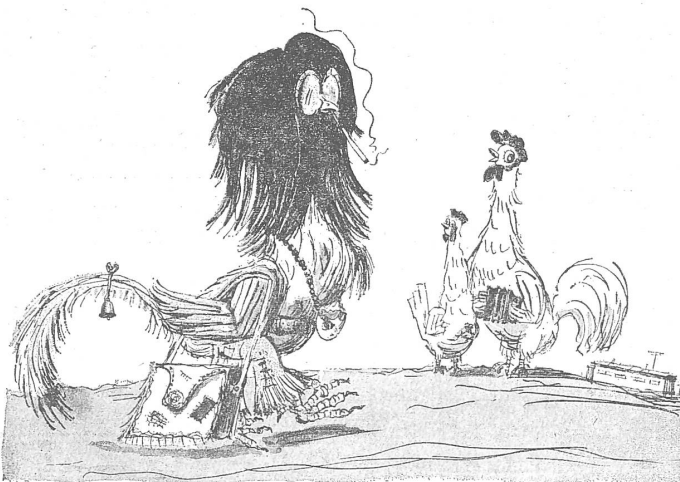
Tanzrhythmen und Generationen: «Nimm die Sicherungen weg, sofort! Die stehen ja alle zusammen unter Strom!»
(Nr. 24/1974)



«Wie willst du denn so einen erziehen?» (Die gute alte Sitte besteht darin, den Sprössling zwischen die Beine zu klemmen, um ihm die väterlichen Hiebe zu verabreichen.)
(Nr. 23/1974)



«Mir scheint, jener Abiturient dort braucht einen Spickzettel.» (Nr. 22/1974)



«Siehst du, das ist jetzt so ein Hippy-hipperihih!»
(Nr. 23/1974)



Der Rauch aus dem Lehrerzimmer: «Also unsere Lehrer – rein wie die Kinder!»
(Nr. 29/1974)